Dierk Hoffmann und Andreas Malycha (Hrsg.)
Erdöl, Mais und Devisen

Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Band 113

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin
herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Andreas Wirsching

Redaktion:
Johannes Hürter und Thomas Raithel

Erdöl, Mais und Devisen

Die ostdeutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen 1951–1967
Eine Dokumentation

Herausgegeben von
Dierk Hoffmann und Andreas Malycha

unter Mitarbeit von
Matthias Uhl, Oxana Kosenko und Rainer Karlsch

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-11-046364-4
ISBN (PDF) 978-3-11-046647-8
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-046413-9
ISSN 0506-9408

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data
A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

© 2016 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston
Titelbild: N. S. Chruschtschow und Walter Ulbricht (rechts) auf der Leipziger Frühjahrsmesse (am Messestand von Feinmechanik-Optik), 5. März 1959; Bundesarchiv, Bild-183-62500-0533 / Fotograf: Walter Heilig
Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen
♾ Gedruckt auf säurefreiem Papier
Printed in Germany

www.degruyter.com

Inhalt

Einleitung 1

Dokumente 15

Dokumentenverzeichnis 231

Abkürzungsverzeichnis 237

Literaturverzeichnis 241

Personenregister 247

Einleitung

Der Ost-West-Konflikt wurde auch in der Wirtschaft ausgetragen. Eine Arena, in der die wirtschaftspolitische Konkurrenz der beiden Systeme besonders hervortrat, war das geteilte Deutschland[1]. Bereits vor der doppelten Staatsgründung 1949 kam es zu einem deutsch-deutschen Wettstreit über das bessere Wirtschaftssystem. Für die westlichen Besatzungszonen entwickelten bekanntlich Kurt Schumacher (SPD) und Konrad Adenauer (CDU) eine Magnettheorie, der zufolge der erwartete wirtschaftliche Aufschwung im Westen Deutschlands eine Sogwirkung auf den Osten entfalten und die SED-Herrschaft zum Einsturz bringen würde[2]. Auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs entwarf der SED-Ko-Vorsitzende Otto Grotewohl 1946 wiederum eine eigene Variante der Magnettheorie für die Sowjetische Besatzungszone (SBZ)[3], die von der Überlegenheit des ostdeutschen planwirtschaftlichen Systems gegenüber dem privatkapitalistischen System im Westen ausging. Die propagierte Überlegenheit des jeweils eigenen Systems sollte der Identitätsstiftung in beiden deutschen Staaten dienen und trug damit zu deren Legitimierung und Stabilisierung bei. Gleichzeitig ging es aber auch darum, die Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands von der Attraktivität der eigenen Wirtschafts- und Gesellschaftsform zu überzeugen[4]. Mit missionarischem Eifer suchten die politisch Verantwortlichen die Zustimmung der Bevölkerung im jeweils anderen Teil Deutschlands zu erreichen[5]. Sowohl Bonn als auch Ost-Berlin verfolgten das langfristige Ziel, als Sieger im Wettbewerb der Systeme die Wiedervereinigung Deutschlands zu den eigenen Konditionen herbeizuführen. Obwohl die DDR ab Mitte der 1950er Jahre immer öfter in die Defensive geriet und die Abstimmung mit den Füßen bis zum Mauerbau 1961 verdeutlichte, dass es der Führung in Ost-Berlin noch nicht einmal gelang, eine Magnetwirkung auf die eigene Bevölkerung zu entfalten, sollte der Gestaltungsanspruch der SED ernst genommen und die Wirtschaftsgeschichte der DDR nicht undifferenziert nur als Irrweg dargestellt werden[6].

---

[1] Vgl. zum Folgenden auch: Dierk Hoffmann, Einleitung, in: Dierk Hoffmann (Hrsg.), Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR. Akteure, Strukturen, Verwaltungspraxis, München 2016, S. 1–16, hier S. 1–3.

[2] Vgl. Werner Abelshauser, Zur Entstehung der „Magnet-Theorie" in der Deutschlandpolitik. Ein Bericht von Hans Schlange-Schöningen über einen Staatsbesuch in Thüringen im Mai 1946, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 27 (1979), S. 661–679; Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Neuwied/Berlin 1966.

[3] Dirk Spilker, The East German Leadership and the Division of Germany. Patriotism and Propaganda 1945–1953, Oxford 2006, S. 94.

[4] Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann, Antikommunismus und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Einleitende Vorbemerkungen, in: Dies. (Hrsg.), „Geistige Gefahr" und „Immunisierung der Gesellschaft". Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 1–13, hier S. 1.

[5] Dierk Hoffmann, Ölpreisschock und Utopieverlust. Getrennte Krisenwahrnehmung und -bewältigung, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.), Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, S. 213–234, hier S. 222.

[6] So auch die Einschätzung bei Hartmut Berghoff/Uta Andrea Balbier, From Centrally Planned Economy to Capitalist Avant-Garde? The Creation, Collapse, and Transformation of a Socialist Econ-

Die SED war auch Ende der 1950er Jahre trotz mancher Rückschläge davon überzeugt, im Systemwettstreit den Sieg davontragen zu können. Trotz der Erfolge des bundesrepublikanischen Wirtschaftswunders war für viele Zeitgenossen in der Bonner Republik keineswegs ausgemacht, dass das Modell der sozialen Marktwirtschaft gegenüber dem planwirtschaftlichen Modell der DDR langfristig überlegen sein würde. Unter dem Eindruck des erfolgreichen Starts des sowjetischen Weltraumsatelliten „Sputnik" am 4. Oktober 1957 räumte Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard in einem Gastbeitrag für die Hamburger Wochenzeitung ‚Die Zeit' zehn Monate später ein, dass sich die „Zuwachsraten des Sozialprodukts [der DDR-Wirtschaft] auf der Höhe der größten Erfolge westlicher Volkswirtschaften" bewegten[7]. Auf dem V. SED-Parteitag formulierte Walter Ulbricht im Sommer 1958 Wohlstandsversprechen, die die westdeutsche Seite zu einer Reaktion nötigten. Erhard sah in der „ökonomischen Hauptaufgabe" der SED eine große Herausforderung für die Bundesrepublik und begrüßte diese Art des Wettbewerbs auf „friedlichem Felde". Dieser direkte, auf hoher politischer Ebene und offen über die Medien geführte Schlagabtausch verdeutlicht die zentrale Relevanz von Wirtschaftspolitik für die deutsch-deutsche Systemauseinandersetzung nach 1945, mit der die bipolare Entwicklung der beiden Wirtschaftsordnungen (soziale Marktwirtschaft versus Planwirtschaft) noch weiter beschleunigt und vertieft wurde.

Bei der Errichtung der DDR-Planwirtschaft war die Sowjetunion das Vorbild. Sie hatte bereits in den 1920er Jahren damit begonnen, eine Zentralverwaltungswirtschaft aufzubauen; doch es dauerte bis 1928, ehe mit dem ersten Fünfjahrplan eine zentrale Planung und Steuerung der gesamten Volkswirtschaft in der 1922 gegründeten UdSSR vorgesehen wurde[8]. Historische Vorbilder gab es aber auch in Deutschland: Im Ersten Weltkrieg versuchte die deutsche Führung, den Ressourceneinsatz für die Kriegführung zu optimieren. So sollte das Vaterländische Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916 die Steuerung des Arbeitsmarktes erleichtern. Als Wladimir I. Lenin wiederum seine spezifischen Vorstellungen von Planwirtschaft entwickelte, diente das Konzept der deutschen Kriegswirtschaft als Anregung[9]. Walther Rathenau – dem „erfolgreiche[n] Organisator von Kriegswirtschaft" – war im Übrigen schon 1915 bewusst gewesen, dass seine Vorstellungen eine inhaltliche Schnittmenge mit dem kommunistischen Modell aufwiesen[10].

Obwohl die Sowjetunion beim Aufbau der Planwirtschaft in der DDR Pate stand, wird der Begriff „Sowjetisierung" der Komplexität dieses Prozesses nicht gerecht. Zweifellos bestimmte Moskau die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die verhängten Demontagen und die angeordneten Reparationszahlungen. Darüber hinaus orientierten sich die ostdeutschen Planungsexperten an einzelnen, wichtigen Bestandteilen der sowjetischen Planwirtschaft, etwa in formaler Hinsicht beim Zyklus der Fünfjahrpläne bzw. des Siebenjahrplanes. Des Weiteren gab es in der DDR-Wirtschaftsverwaltung sowjetische Berater,

---

omy, in: Hartmut Berghoff/Uta Andrea Balbier (Eds.), The East German Economy, 1945–2010. Falling Behind or Catching Up?, New York/Washington 2013, S. 3–16, hier S. 5.

[7] Ludwig Erhard, Über den „Lebensstandard". Die Freiheit und der Totalitarismus – Die Herausforderung des Herrn Ulbricht, in: ‚Die Zeit' vom 15. 8. 1958, S. 11.

[8] Manfred Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 368–377.

[9] Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995, S. 471.

[10] Wolfgang Reinhard, Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2000 (2., durchgesehene Aufl.), S. 468.

über deren Einfluss aber noch nicht viel bekannt ist[11]. Auch auf die zentrale Frage nach dem Ausmaß des sowjetischen Einflusses gibt es noch keine befriedigende Antwort. Gab es einen Export oder einen Oktroi sowjetischer Planwirtschaftselemente? Wie ist das Verhältnis von Autonomie und Heteronomie bei der Grundlegung der DDR-Planwirtschaft zu gewichten? Um hier etwas mehr Licht ins Dunkel zu bringen, wurden im Rahmen des vierbändigen Projekts über die Geschichte des Bundeswirtschaftsministeriums und seiner Vorläufer erstmals systematisch die Akten der sowjetischen Plankommission (Gosplan) ausgewertet, die im Russischen Staatsarchiv für Wirtschaft (RGAE) in Moskau liegen. Außerdem konnten einzelne Bestände des Russischen Staatsarchivs für Zeitgeschichte (RGANI) im Hinblick auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR gesichtet werden[12]. Die dabei gewonnenen Ergebnisse legen unter anderem den Schluss nahe, dass sich das ostdeutsche Verhältnis zur Hegemonialmacht Sowjetunion nicht pauschal auf den Begriff der Fremdbestimmung oder auf die holzschnittartige Formel reduzieren lässt, der Kreml habe „in Wirklichkeit […] von Anfang bis Ende“ Regie geführt[13]. Die in den zwei genannten Moskauer Archiven recherchierten russischsprachigen Dokumente werden nun erstmals vollständig und übersetzt einem deutschen Leserkreis zugänglich gemacht.

Der wirtschaftliche Aufbau in der SBZ/DDR unterschied sich signifikant von der Entwicklung in Westdeutschland. Bis Anfang der 1950er Jahre stellten die Demontagen und Reparationszahlungen für die sowjetische Besatzungsmacht eine schwere Hypothek für die ostdeutsche Ökonomie dar. Der Tod Iosif W. Stalins und der Volksaufstand am 17. Juni 1953 führten in Moskau zu einem Politikwechsel gegenüber der DDR, da Moskau kein Interesse an einer Destabilisierung der Machtverhältnisse im eigenen Imperium hatte. In der Folgezeit veränderten sich auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern: Moskau erhöhte die Hilfslieferungen an die DDR und verzichtete in vielen Bereichen auf eine weitere Ausbeutung des ostdeutschen Staates. Unter Nikita S. Chruščëv wurde die außenpolitische Rolle der DDR aufgewertet. So verkündete er am 26. Juli 1955 – kurz nach dem Genfer Gipfeltreffen, bei dem die vier Siegermächte wieder keine Annäherung in der Deutschlandpolitik erzielen konnten – die „Zwei-Staaten-Theorie“. Damit stand die DDR für Moskau nicht länger zur Disposition. Die SED erhielt die lang ersehnte Zusicherung, dass der Kreml die DDR bei Verhandlungen mit dem Westen nicht mehr zu opfern bereit war. Vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts, der mit dem Berlin-Ultimatum Chruščëvs in eine neue Eskalationsstufe geriet, stieg die strategische Bedeutung der DDR, die zum „Schaufenster“ des Sozialismus herausgeputzt werden sollte[14]. Dazu waren jedoch umfassende Wirtschaftshilfen notwendig, denn die DDR war durch die Einbindung in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ökonomisch vom Weltmarkt isoliert und handelspolitisch einseitig auf die Sowjetunion fixiert.

---

[11] Einen ersten Anlauf unternahm: André Steiner, Sowjetische Berater in den zentralen wirtschaftsleitenden Instanzen der DDR in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (1993), S. 100–117.

[12] Vgl. Hoffmann, Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR.

[13] So aber Gerhard Wettig, Die sowjetische Besatzungsmacht und der politische Handlungsspielraum in der SBZ (1945–1949), in: Ulrich Pfeil (Hrsg.), Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989, Berlin 2001, S. 39–61, hier S. 60; ders., Die Stalin-Note. Historische Kontroverse im Spiegel der Quellen, Berlin 2015, S. 174 (Zitat).

[14] Vgl. Michael Lemke (Hrsg.), Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg, Köln/Weimar/Wien 2006.

Die politische, wirtschaftliche und militärische Einbindung der DDR in das osteuropäische Paktsystem bot der SED-Führung letztlich die Möglichkeit, sowjetische Unterstützung mit größerem Nachdruck einfordern zu können. Dazu wurden zwischen der DDR und der UdSSR Gespräche auf mehreren Ebenen geführt: auf höchster politischer Ebene zwischen den Staats- und Parteichefs beider Länder sowie auf der Ebene der wirtschaftspolitischen Experten in den obersten Planungsbehörden. Diese Gespräche fanden zwar nicht auf gleicher Augenhöhe statt. Sie verdeutlichen aber, dass die ostdeutsche Seite zeitweise über einen nicht unbeträchtlichen Handlungsspielraum verfügte und diesen auch Gewinn bringend einsetzen konnte. Die Dokumente zeigen, wie die ostdeutschen Vertreter die Interessen der DDR bei den Gesprächen in Moskau artikulierten und das Ziel verfolgten, von der sowjetischen Seite Zusagen für weitere Wirtschaftshilfen zu bekommen. Dabei trat die DDR keineswegs nur als Bittstellerin auf, sondern wusste die strategische Rolle zu nutzen, die ihr von Moskau aus außenpolitischen Gesichtspunkten zugewiesen wurde. Im Mittelpunkt der Dokumentation stehen zunächst die Protokolle von acht Unterredungen zwischen Chruščëv und Ulbricht (1959–1964) sowie Gesprächsprotokolle von neun Treffen zwischen der Leitung von DDR-Plankommission und sowjetischer Planungsbehörde (Gosplan) im Zeitraum von 1955 bis 1965. Dieser Fundus wird durch neun Notizen ergänzt, die bei Gesprächen zwischen den führenden Planungsexperten beider Länder angefertigt wurden (1962–1967). Darüber hinaus werden Dokumente zu den ostdeutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in den 1950er Jahren präsentiert, in denen es unter anderem um die Vorbereitung und Änderung des ersten Fünfjahrplanes in der DDR, Reparationszahlungen an die Sowjetunion, sowjetische Warenlieferungen in die DDR sowie um den RGW-Handel geht.

Die im vorliegenden Band präsentierten Dokumente decken ein breites Themenspektrum ab und zeigen den Wandel der ostdeutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in den 1950er und 1960er Jahren. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die wirtschaftliche Entwicklung in der SBZ/DDR zunächst von den Reparationsforderungen der Sowjetunion geprägt, die unter den Folgen des deutschen Eroberungs- und Vernichtungskriegs besonders gelitten hatte. Die sowjetischen Reparationsansprüche belasteten lange Zeit den Wirtschaftsaufbau in der SBZ[15]. Auf Anweisung des Ministerrates der UdSSR kalkulierte die sowjetische Plankommission (Gosplan) Reparationslieferungen aus der DDR auch noch im ersten Fünfjahrplan (1951–1955) fest ein[16]. Dabei ergaben sich etwa bei der Lieferung von Handelsschiffen erhebliche Diskrepanzen zwischen sowjetischen Vorgaben und ostdeutschen Zusagen, die von den zuständigen Stellen in Moskau zur Kenntnis genommen wurden[17]. Obwohl die Hochphase der Demontagen Ende der 1940er Jahre weitgehend abgeschlossen war, blieb der sowjetische Zugriff im ökonomischen Bereich nach der DDR-Gründung am 7. Oktober 1949 vor allem in der Grundstoff- und Schwerindustrie unvermindert bestehen. So produzierten mehr als 200 Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) in erster Linie für die östliche Besatzungsmacht und unterstanden oftmals der sowjetischen Kontrolle. Nach dem niedergeschlagenen Volksaufstand vom 17. Juni 1953 gab Moskau viele SAG-Betriebe an die DDR zurück. Einzige Ausnahme blieb bekanntlich

[15] Vgl. Rainer Karlsch, Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–53, Berlin 1993; Rainer Karlsch/Jochen Laufer (Hrsg.), Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen, Berlin 2002.
[16] Dokument Nr. 2 (14. 3. 1951).
[17] Dokument Nr. 4 (15. 1. 1952).

die Wismut AG bzw. ab 1954 die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut, deren Arbeiter unter anfangs katastrophalen Arbeitsbedingungen Uranerz für das sowjetische Atombombenprogramm abbauten[18]. Der Uranbergbau in Sachsen und Teilen Thüringens belastete die Beziehungen zwischen der Hegemonialmacht und dem ostdeutschen Satellitenstaat nachhaltig, denn er stellte die Legitimität der von außen errichteten SED-Herrschaft in Frage. Die sowjetischen Reparationsforderungen und Demontagen hatten somit nicht nur negative Auswirkungen für die DDR-Wirtschaft, sondern auch für die Stimmungslage in der DDR-Bevölkerung. Mit der Einstellung der Reparationslieferungen drohte allerdings kurzfristig ein Absatzrückgang bei den DDR-Industrieprodukten, deren Lieferung bislang auf Reparationsrechnung erfolgt war. Daraufhin kündigte der Vorsitzende von Gosplan, Maksim Z. Saburov an, dass diese Frage „auf der Grundlage von Handelsübereinkommen entschieden" werde[19]. Die Sowjetunion wolle „eine normale Arbeit der deutschen Industrie […] gewährleisten".

Die Errichtung der ostdeutschen Planwirtschaft erfolgte in enger Abstimmung mit der SMAD/SKK in Berlin-Karlshorst und den zuständigen Stellen in Moskau. Dabei orientierte sich Ost-Berlin weitgehend am sowjetischen Vorbild und stellte den Auf- und Ausbau der Grundstoff- und Schwerindustrie in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Planungen. Diese einseitige Industriepolitik ging von Anfang an zu Lasten der Leicht- und Konsumgüterindustrie, die bei der Verteilung der knappen Ressourcen (Kapital und Arbeit) benachteiligt wurden. Die SED-Führung unterrichtete die sowjetische Besatzungsmacht immer wieder detailliert über die Ausarbeitung der ostdeutschen Wirtschaftspläne. Auf dieser Grundlage erstellte die Hauptverwaltung für sowjetisches Vermögen in Deutschland im Frühjahr 1951 einen eigenen Fünfjahrplan, der die wirtschaftliche Entwicklung der sowjetischen Unternehmen in der DDR festhielt[20]. Die darin fixierten Wachstumsraten der Industrieproduktion lagen teilweise unter den Angaben des DDR-Fünfjahrplanes, die von der Staatlichen Plankommission stammten. Die unterschiedlichen Zahlenangaben hingen damit zusammen, dass die sowjetischen Kapitalinvestitionen niedriger waren und der sowjetische Fünfjahrplan zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorlag. Mit dem Ende der Reparationszahlungen scheint sich der Informationsaustausch zwischen Gosplan und der DDR-Plankommission auf der Leitungsebene intensiviert zu haben. Dabei zeigen die hier abgedruckten Protokolle, wie führende DDR-Planungsexperten die Meinung ihrer sowjetischen Kollegen sowohl zu grundsätzlichen Fragen der Volkswirtschaftspläne als auch zu Detailproblemen einholten, wie etwa der Festsetzung der Materialverbrauchsnormen[21]. Bei diesen Gesprächen bat der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Bruno Leuschner (SED), die sowjetische Seite auch um Hilfe bei der weiteren Qualifizierung der „Spezialisten" in der ostdeutschen Planungsbehörde, für die jedoch formal der Ministerrat der UdSSR zuständig war[22].

Führende SED-Politiker reisten in unregelmäßigen Abständen in die sowjetische Hauptstadt, wo sie von der Kremlspitze Anweisungen erhielten und wirtschaftspolitische Weichen-

---

[18] Vgl. Rudolf Boch/Rainer Karlsch (Hrsg.), Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex, Bd. 1: Studien, Berlin 2001; Juliane Schütterle, Kumpel, Kader und Genossen: Arbeiten und Leben im Uranbergbau der DDR. Die Wismut AG, Paderborn u. a. 2010.
[19] Dokument Nr. 5 (22. 8. 1953).
[20] Dokument Nr. 3 (30. 6. 1951).
[21] Dokument Nr. 5 (22. 8. 1953).
[22] Dokument Nr. 5 (22. 8. 1953).

stellungen in der SBZ/DDR vorbereiteten. Im Rahmen dieser Spitzengespräche wurden auch frühzeitig sowjetische Wirtschaftshilfen thematisiert. So wurde die sowjetische Führung von der ostdeutschen Delegation Mitte September 1949 gebeten, bei der Bewältigung von auftretenden Versorgungsengpässen mit Rohstoffen im Rahmen des laufenden Zweijahrplanes behilflich zu sein[23]. Diese Bitte bezog sich konkret auf die Lieferung von 200 000 Tonnen Walzwerkerzeugnissen in die DDR bis Ende 1949, die Lieferung von 13 000 Tonnen (1949) und 30 000 Tonnen (1950) Baumwolle sowie von 1000 schweren Lastkraftwagen. Bei der geplanten Erhöhung der Lebensmittelrationen zum 1. Januar 1950 sollte die Sowjetunion ebenfalls behilflich sein und insgesamt 380 000 Tonnen Brotgetreide und 20 000 Tonnen Fett zur Verfügung stellen. Nachdem Stalin seine grundsätzliche Zustimmung zu den Hilfslieferungen gegeben hatte, kündigte das SED-Politbüro am 25. Oktober 1949 „eine weitere Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern" an[24]. Doch für die DDR-Bevölkerung blieb die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln lange Zeit unzureichend. Die SED-Führung konnte das Ende der Rationen-Gesellschaft (Rainer Gries) sogar erst Ende der 1950er Jahre einläuten: Im Gegensatz zur Bundesrepublik, wo Lebensmittelkarten schon Anfang 1950 abgeschafft wurden, erfolgte in der DDR die vollständige Aufhebung des aus der NS-Kriegswirtschaft übernommenen Rationierungssystems erst 1958[25]. Da Ost-Berlin einen Nachfrageanstieg bei gleich bleibendem Warenangebot befürchtete, wurde die mehrmals ins Auge gefasste Maßnahme immer wieder verschoben[26].

In der DDR wurden die Investitionsmittel auch beim zweiten Fünfjahrplan, den die Planungsexperten in Moskau und Ost-Berlin im Frühjahr 1955 aufeinander abstimmten, auf die Grundstoffindustrie und den Maschinenbau konzentriert[27]. Die Mitschriften der Gespräche zwischen den Führungsspitzen der beiden Planungsbehörden zeigen, dass den sowjetischen Vertretern aber häufig keine vollständig ausgearbeiteten Planungskonzepte vorgelegt wurden. So war man sich beim Treffen am 10. März 1955 über die Entwicklung der Kohle-, Energie- und Chemieindustrie grundsätzlich einig. Dagegen herrschte beim Ausbau der Schwarz- und Buntmetallurgie Unklarheit, was vor allem auf die unvollständigen Vorarbeiten der Staatlichen Plankommission (SPK) zurückgeführt wurde[28]. Die ostdeutsche Seite nutzte diese Treffen offenbar immer wieder, um etwa die Festlegung von einzelnen Produktionszielen im Fünfjahrplan mit dem Hinweis auf die unzureichende Versorgung der DDR-Industrie mit Rohstoffen (Eisenerz, Koks) zu verbinden. Auf diese

---

[23] Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe, Bd. 2 (unveröffentlichte Dokumente 1949), hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters unter Mitarbeit von Daniel Hofmann, München 1996, S. 464–467. Erstmals zitiert von Dietrich Staritz, Die SED, Stalin und die Gründung der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (ehemals Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED), in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 5 (1991), S. 3–16, hier S. 11.

[24] Dokumente der SED. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes des ZK und des Politischen Büros, Bd. II, Berlin (Ost) 1952, S. 384–387.

[25] Vgl. Dierk Hoffmann, Lebensstandard und Konsumpolitik, in: Dierk Hoffmann (Hrsg.), Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR. Akteure, Strukturen, Verwaltungspraxis, München 2016, S. 423–509.

[26] Vgl. Jennifer Schevardo, Vom Wert des Notwendigen. Preispolitik und Lebensstandard in der DDR der fünfziger Jahre, Stuttgart 2006, S. 187.

[27] André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Bonn 2007, S. 86.

[28] Dokument Nr. 9 (10. 3. 1955).

Weise sollten sowjetische Zusagen für weitere Wirtschaftshilfen, die über die bereits getroffenen Vereinbarungen hinausgingen, erreicht werden.

Nach dem blutig niedergeschlagenen Volksaufstand am 17. Juni 1953 scheint auch die Sowjetunion die Relevanz von Konsumpolitik zur Stabilisierung der SED-Herrschaft allmählich erkannt zu haben. Dabei überwog zunächst jedoch die Sorge darüber, dass der Anstieg der Löhne und Gehälter mit dem Warenangebot nicht Schritt halten könnte. So betonte der Chef der Hohen Kommission der Sowjetunion in der DDR gegenüber dem sowjetischen Außenminister im November 1953, dass der geplante Produktionsanstieg bei den Konsumgütern „unzureichend" und die „vorgesehene Reserve bei den Warenfonds ungenügend" sei[29]. Außerdem wies er auf die Gefahr eines Defizits im DDR-Staatshaushalt, insbesondere bei der Außenhandelsbilanz hin. Die sowjetische Planungsbehörde Gosplan machte einige Monate später auf das Ungleichgewicht zwischen der Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft aufmerksam, das allerdings auch ein Resultat des von Moskau geforderten Wirtschaftskurses mit seiner Bevorzugung der Schwerindustrie war. Die ostdeutsche Agrarwirtschaft hinke „hinter dem Bedarf der Volkswirtschaft" hinterher und könne die Stadtbevölkerung – so die Warnung – nicht mit Lebensmitteln versorgen[30]. In diesem Zusammenhang stellte die Bundesrepublik die zentrale Bezugsgröße für Gosplan dar: In der geheimen Denkschrift, die zahlreiche Empfehlungen zur wirtschaftlichen Entwicklung der DDR enthielt, wurde unter anderem gefordert, dass ein Wohlstandsniveau erreicht werden müsse, „das nicht niedriger ist als das in Westdeutschland". Darüber hinaus seien die Einzelhandelspreise rasch zu senken, damit „die Preise für die wichtigsten Lebensmittel und Industriewaren niedriger als die in Westdeutschland sind".

Die Sowjetunion leistete in den 1950er Jahren bei der Modernisierung der ostdeutschen Eisenbahn partielle Aufbauhilfe, nachdem sie in ihrer Besatzungszone bis März 1947 zunächst Schienen mit einer Gesamtlänge von 11 800 km demontiert[31] und bis 1948 rund 3000 Lokomotiven[32] entwendet hatte. Die in den ersten DDR-Wirtschaftsplänen festgelegten Investitionen reichten allerdings nicht aus, um das Eisenbahnnetz, das wie kaum ein anderer Wirtschaftsbereich durch Demontagen und Reparationslieferungen nachhaltig geschwächt worden war[33], wieder aufzubauen[34]. Anfang 1954 richtete die DDR-Regierung zunächst an den RGW die Bitte, sich mit dem Ausbau der ostdeutschen Produktionskapazitäten oder dem Import von Dampflokomotiven aus den übrigen RGW-Mitgliedstaaten zu beschäftigen. Nach Einschätzung von Gosplan kam für die DDR jedoch beides nicht in Frage, da der Ausbau der Dampflokproduktion in der DDR eine zusätzliche Steigerung der Metallimporte aus der UdSSR voraussetze und ein zusätzlicher Import die ohnehin angespannte Finanzlage der DDR weiter beeinträchtigen würde[35]. Deshalb wurde dem sowjetischen Ministerrat empfohlen, der DDR ungefähr 1000 Lokomotiven aus den Beute-

---

29 Dokument Nr. 6 (11. 11. 1953).
30 Dokument Nr. 7 (24. 3. 1954).
31 Karlsch, Allein bezahlt?, S. 81.
32 Rüdiger Kühr, Die Folgen der Demontagen bei der Deutschen Reichsbahn (DR), in: Rainer Karlsch/Jochen Laufer (Hrsg.), Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen, Berlin 2002, S. 473–506, hier S. 477 (Tabelle 3). Allgemein zur Thematik: Ders., Die Reparationspolitik der UdSSR und die Sowjetisierung des Verkehrswesens der SBZ. Eine Untersuchung der Entwicklung der Deutschen Reichsbahn 1945–1949, Bochum 1996.
33 Karlsch, Allein bezahlt?, S. 82.
34 Kühr, Die Folgen der Demontagen, S. 498.
35 Dokument Nr. 8 (Oktober 1954).

beständen zurückzugeben, die sich für den Gütertransport in der Sowjetunion aufgrund ihrer geringen Leistungsfähigkeit ohnehin nicht eigneten[36]. Darüber hinaus sollte der ostdeutschen Regierung der Ratschlag erteilt werden, die Produktion von Ersatzteilen für Dampfloks zu erhöhen und den Anteil der nicht betriebsbereiten Lokomotiven um die Hälfte zu reduzieren.

Etwas anders verliefen die bilateralen Gespräche über den Aufbau einer zivilen Flugzeugindustrie, denn hier ließ die Moskauer Führung entsprechende Anfragen Ost-Berlins letztlich ins Leere laufen. Obwohl die Sowjetunion nach Kriegsende auch in diesem Bereich deutsche „Spezialisten" abgezogen hatte[37], befanden sich zunächst rund 60 Prozent der Flugzeugindustrie, die während der NS-Herrschaft massiv ausgebaut worden war, auf dem Territorium der SBZ[38]. Im Zuge der sowjetischen Demontagetätigkeit wurden jedoch rasch zahlreiche Produktionsstandorte abgebaut[39]. Mit der Rückkehr der letzten Flugzeug- und Triebwerkspezialisten[40] intensivierte die SED-Führung ihre Bemühungen zum Aufbau einer zivilen Luftfahrtindustrie in der DDR, die bereits im Frühjahr 1952 eingesetzt hatten, und gründete dazu am 1. Mai 1955 insgesamt fünf Betriebe[41]. Anfang 1956 schloss die DDR mit der UdSSR ein Regierungsabkommen über die Unterstützung bei der Aufnahme des Passagierflugzeugbaues[42]. Der kurze Traum Ost-Berlins von einer eigenen Flugzeugindustrie währte nicht lange, da erst Ende der 1950er Jahre Studien über die Absatzchancen angefertigt wurden, deren Ergebnisse für die SED-Führung desillusionierend waren[43]. Der Beschluss des Politbüros vom 28. Februar 1961 zur Einstellung des Flugzeugbaus hing also weder mit dem Absturz des Prototyps eines Mittelstreckenpassagierflugzeuges (Typ 152) am 4. März 1959 noch mit einer direkten Anweisung der Sowjetunion, sondern vielmehr mit der Erkenntnis fehlender Absatzmärkte zusammen, die sich auch in Gesprächen mit sowjetischen Vertretern Mitte 1959 deutlich abzeichnete[44]. Der stellvertretende Vorsitzende von Gosplan riet den ostdeutschen Planungsexperten, gut zu über-

---

[36] Ebenda, Staatliches Plankomitee an den Ministerrat der UdSSR (o. D.).

[37] Vgl. dazu Burghard Ciesla, Von der Luftkriegsrüstung zur zivilen Flugzeugproduktion. Über die Entwicklung der Luftfahrtforschung und Flugzeugproduktion in der SBZ/DDR und UdSSR 1945–1954, in: Hans-Jürgen Teuteberg (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der Binnenschiffahrt, des Luft- und Kraftfahrzeugverkehrs, Bergisch-Gladbach 1994, S. 179–202.

[38] Gerhard Barkleit, Die Spezialisten und die Parteibürokratie. Der gescheiterte Versuch des Aufbaus einer Luftfahrtindustrie in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Ders./Heinz Hartlepp, Zur Geschichte der Luftfahrtindustrie in der DDR 1952–1961, Dresden 1995, S. 5–29, hier S. 6.

[39] Dag Krienen/Stefan Prott, Zum Verhältnis von Demontage, Konversion und Arbeitsmarkt in den Verdichtungsräumen des Flugzeugbaus in der SBZ 1945–1950, in: Rainer Karlsch/Jochen Laufer (Hrsg.), Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen, Berlin 2002, S. 275–328, hier S. 326.

[40] Vgl. allgemein zur Deportation deutscher Spezialisten in die Sowjetunion (Geheimoperation „Osoaviakhim"): Dolores L. Augustine, Red Prometheus. Engineering and Dictatorship in East Germany, 1945–1990, Cambridge (Mass.)/London 2007, S. 2f.; Matthias Uhl, Stalins V-2. Der Technologietransfer der deutschen Fernlenkwaffentechnik in die UdSSR und der Aufbau der sowjetischen Raketenindustrie 1945 bis 1959, Bonn 2001, S. 132f.

[41] Gerhard Barkleit, Die Rolle des MfS beim Aufbau der Luftfahrtindustrie der DDR, Dresden 1995, S. 10.

[42] Barkleit, Die Spezialisten und die Parteibürokratie, S. 10.

[43] Hans-Liudger Dienel, „Das wahre Wirtschaftswunder" – Flugzeugproduktion, Fluggesellschaften und innerdeutscher Flugverkehr im West-Ost-Vergleich 1955–1980, in: Johannes Bähr/Dietmar Petzina (Hrsg.), Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen. Vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin 1996, S. 341–371, hier S. 349.

[44] Dokument Nr. 12 (2. 6. 1959).

legen, ob unter diesen Bedingungen „die Entwicklung dieses Flugzeugtyps [Typ 152] noch zweckmäßig ist“.

In den ostdeutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen nahm die Energieversorgung schon frühzeitig einen breiten Raum ein. Mit der Erhöhung der sowjetischen Erdöllieferungen stellte sich immer mehr die Transportfrage, zumal die Kosten für die Lieferung in die DDR wie auch in andere ostmitteleuropäische Länder, die in den 1950er Jahren noch per Eisenbahn bzw. per Schiff erfolgte, sehr hoch waren. Um die Lieferkosten zu senken und die Erdölmenge weiter zu erhöhen, wurde im RGW erstmals 1957 der Bau einer transkontinentalen Erdölleitung diskutiert und auf der IX. Ratstagung im Dezember 1958 beschlossen[45]. Neben der DDR sollten Ungarn, Polen und die ČSR künftig den größten Teil ihrer Rohölimporte, die in der DDR auch für das ambitionierte Chemieprogramm dringend benötigt wurden, über die Erdölpipeline „Freundschaft“ beziehen, deren Bau aufgrund des Ost-West-Konflikts alles andere als reibungslos verlief. Eine vom RGW eingesetzte Arbeitsgruppe veranschlagte für den Bau der einzelnen Trassenabschnitte insgesamt fünf Jahre[46]. Mit der Verlegung der Erdölpipeline war auch der Neubau von erdölverarbeitenden Betrieben in den vier Ostblockländern verbunden. In einer Denkschrift des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, die dem Politbüro am 30. September 1958 vorgelegt wurde, war erstmals von Schwedt als Standort für die DDR-Raffinerie die Rede[47].

Der Erdölbedarf der DDR konnte bereits Mitte der 1960er Jahre nicht mehr hinreichend gedeckt werden. Die hier erstmals abgedruckten Protokollauszüge zeigen in dem Zusammenhang, wie die Frage der Energieversorgung den Verlauf der Gespräche zwischen dem sowjetischen und dem ostdeutschen Parteichef immer mehr dominierte. Ulbricht nutzte nahezu jede Gelegenheit, um die ungelöste Erdölproblematik gegenüber Chruščëv anzusprechen. Bei dem Treffen am 30. Mai 1964 erteilte der Kremlchef den Ratschlag, die DDR solle zusätzliches Rohöl aus Algerien beziehen[48]. Auf den Einwand Ulbrichts, der algerische Staatspräsident, Mohammed Ahmed Ben Bella, habe bisher „kein großes Interesse an der Ausweitung des Handels mit uns gezeigt“, reagierte Chruščëv mit der Zusage, sich deswegen persönlich an Ben Bella zu wenden. Die algerische Zurückhaltung war offenbar darauf zurückzuführen, dass Bonn mit der Hallstein-Doktrin diplomatischen Druck auf das nordafrikanische Land ausübte, um eine Intensivierung der Kontakte zur DDR zu verhindern[49]. Da die Gespräche mit anderen erdölfördernden Staaten im arabischen Raum offenbar erfolglos verliefen und die Tiefenbohrungen in der DDR nach eigenen Erdölquellen nicht den gewünschten Erfolg brachten[50], wandte sich Ulbricht kurze Zeit später an Chruščëv, um zusätzliches Rohöl aus der Sowjetunion zu bekommen. Doch der Kremlchef ließ beim SED-Chef erst gar keine Hoffnung aufkeimen und riet diesem erneut: „Versucht, Erdöl aus Algerien oder sonst noch woher zu bekommen.“[51] Nicht nur die DDR, sondern auch die anderen Ostblockstaaten waren vom sowjetischen Erdöl abhängig. Um die jeweiligen Liefermengen langfristig planen zu können, wurde eine Abteilung bei

---

45 Rainer Karlsch, Energie- und Rohstoffpolitik, in: Dierk Hoffmann (Hrsg.), Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR. Akteure, Strukturen, Verwaltungspraxis, München 2016, S. 249–362.
46 Dokument Nr. 11 (25.–29. 9. 1958).
47 Karlsch, Energie- und Rohstoffpolitik.
48 Dokument Nr. 33 (30. 5. 1964).
49 Vgl. allgemein zur Afrikapolitik der DDR in den 1960er Jahren: Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007, S. 291–298.
50 Karlsch, Energie- und Rohstoffpolitik.
51 Dokument Nr. 34 (11. 6. 1964).

Gosplan mit der Koordinierungsaufgabe betraut. Aus einem Schreiben an den Ministerrat der UdSSR vom Frühjahr 1967 ist zu entnehmen, dass innerhalb des RGW nur die Tschechoslowakei mehr Erdöl erhalten sollte als die DDR[52]. Die sowjetischen Planungsexperten kritisierten jedoch ihrerseits die unzureichende Weiterverarbeitung des Rohöls in der DDR, insbesondere in der erdölverarbeitenden Industrie. Eine solche Nutzung könne man „kaum für gerechtfertigt halten", urteilte der Leiter der Gosplan-Abteilung Erdöl- und Erdgasindustrie[53].

Da die DDR von Anfang an unter einer unzureichenden Energieversorgung litt, war Ost-Berlin schon frühzeitig auf der Suche nach alternativen Energieträgern. Als 1955 die alliierten Kernforschungsverbote endeten, die Sowjetunion mehreren Ostblockstaaten Hilfe beim Bau einer „Atomkraftstation" anbot und zahlreiche hochkarätige Atomwissenschaftler aus der Sowjetunion in die DDR zurückkehrten[54], zog auch Ost-Berlin die friedliche Nutzung der Kernenergie – mit Zustimmung Moskaus – ernsthaft in Erwägung. Zu diesem Zeitpunkt waren die Regierungen in beiden deutschen Staaten davon überzeugt, dass der Atomtechnologie die Zukunft gehöre. Im Verantwortungsbereich des stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates, Willi Stoph (SED), wurden in den 1950er Jahren einige Forschungsinstitute gegründet. Eine Schlüsselrolle nahm anfangs das Zentralinstitut für Kernphysik in Rossendorf bei Dresden ein, da hier der erste, aus der UdSSR gelieferte Forschungsreaktor eingebaut wurde[55]. Drei Gründe waren für das vorläufige Scheitern der ostdeutschen Pläne 1962 ausschlaggebend[56]: Der Einstieg in die Kernforschung erfolgte erstens ohne Einbindung der Industrieverwaltung und zweitens ohne Abschätzung der wirtschaftlichen Folgekosten. Drittens weigerte sich die Sowjetunion, der DDR Ausrüstungen und Materialen für den Aufbau und Vertrieb eines Atomkraftwerkes zu liefern. Mitte der 1960er Jahre kam es zu einer Neuorientierung der DDR-Kernenergiepolitik: Auf der Grundlage eines bilateralen Vertrages erklärte sich die UdSSR nach anfänglichem Zögern[57] zur schlüsselfertigen Lieferung von Reaktorblöcken bereit, die aber sehr viel kleiner waren, als die Staatliche Plankommission erwartet hatte. Damit war in der DDR das vorläufige Ende der Kernforschung und der eigenständigen Kernenergiewirtschaft mit industriellen Strukturen besiegelt. Die DDR-Führung musste stattdessen immer wieder Verhandlungen in Moskau führen, um etwa an Konstruktionsarbeiten und Forschungsmaterialien zu gelangen[58].

Mit der „Ökonomischen Hauptaufgabe" von 1958 hatte sich die SED-Führung selber unter Zugzwang gesetzt. Die Ankündigung, die DDR würde den westdeutschen Lebensstandard innerhalb weniger Jahre erreichen und übertreffen, hatte in der ostdeutschen Bevölkerung große Erwartungen geweckt. Doch die Zahl derjenigen, die der DDR den Rücken kehrten und nach Westdeutschland flohen, hielt Ende der 1950er Jahre unver-

---

[52] Dokument Nr. 42 (25. 3. 1967).
[53] Dokument Nr. 44 (13. 7. 1967).
[54] Dazu ausführlicher Karlsch, Energie- und Rohstoffpolitik.
[55] Thomas Stange, Zu früh zu viel gewollt. Der mißglückte Start der DDR in die Kernenergie, in: Deutschland Archiv 30 (1997), S. 923–933, hier S. 926.
[56] Vgl. Johannes Abele, Kernkraft in der DDR. Zwischen nationaler Industriepolitik und sozialistischer Zusammenarbeit 1963–1990, Dresden 2000, S. 12–19. Am Beispiel des Kernkraftwerks Rheinsberg: Mike Reichert, Kernenergiewirtschaft in der DDR. Entwicklungsbedingungen, konzeptioneller Anspruch und Realisierungsgrad, 1955–1990, St. Katharinen 1999, S. 205–211.
[57] Dokument Nr. 33 (30. 5. 1964).
[58] Dokument Nr. 43 (3. 6. 1967).

mindert an[59]. Ost-Berlin war es nicht gelungen, diese Menschen zum Bleiben in der DDR zu bewegen. Der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961[60] war insofern auch das Eingeständnis einer Niederlage, denn das auf dem V. SED-Parteitag proklamierte Ziel, die Bundesrepublik konsumpolitisch einzuholen, war endgültig gescheitert[61]. Anfang der 1960er Jahre befand sich die DDR in einer schweren Wirtschaftskrise: Die industrielle Bruttoproduktion war zurückgegangen, ebenso die Arbeitsproduktivität in den Betrieben und die Investitionsquote[62]. Sinkende Realeinkommen, neue Versorgungsprobleme und die Rationierung einiger Güter steigerten den Unmut in der Bevölkerung[63]. In dieser ohnehin angespannten Lage kam Ende September 1960 die Meldung, dass die Bundesregierung fristgerecht zum Jahresende das Berliner Abkommen kündigen werde, das den innerdeutschen Handel regelte[64]. Damit drohten weitere Versorgungsengpässe in der DDR. Vor diesem Hintergrund gewannen die ostdeutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen für das SED-Regime eine quasi existentielle Bedeutung, denn es ging nunmehr darum, den drohenden Ausfall von westdeutschen Lieferungen schnellstmöglich zu kompensieren. Eine DDR-Regierungsdelegation unter Leitung von SPK-Chef Bruno Leuschner (SED) bat im Oktober 1960 in Moskau um zusätzliche Hilfsgüter im Wert von 1,25 Milliarden Valutarubeln, insbesondere Walzstahlerzeugnisse, Röhren und Eisenerz[65]. Doch der Hilfsbereitschaft der UdSSR waren Grenzen gesetzt. So wies der Leiter der Gosplan-Abteilung Warenumsatz darauf hin, dass eine Erhöhung der Fleisch- und Fettlieferungen in die DDR zu einer Verschlechterung der Versorgungslage in der Sowjetunion führen werde[66]. Kurz nach dem Mauerbau reiste eine DDR-Wirtschaftsdelegation, der Erich Apel (SED), Karl Mewis (SED) und Alfred Neumann (SED) angehörten, erneut in die sowjetische Hauptstadt, um Gespräche mit den „Planungsorganen der Sowjetunion über Maßnahmen [zu führen], die sich aus einem möglichen Bruch der Wirtschaftsbeziehungen mit der BRD ergeben könnten“[67]. Die dabei vorgelegte Wunschliste mit Hilfslieferungen wurde von Gosplan eingehend geprüft und nur zum Teil gebilligt[68].

Obwohl das Berliner Abkommen nach langwierigen Verhandlungen zum 1. Januar 1961 wieder in Kraft gesetzt werden konnte, zogen die politisch Verantwortlichen in Ost-Berlin die Konsequenzen aus den handelspolitischen Erfahrungen, die seit der Ankündigung Bonns gesammelt worden waren. Mit der seit Anfang 1961 betriebenen Aktion „Störfreimachung“ sollte die Importabhängigkeit von der Bundesrepublik und anderen westlichen Staaten vermindert werden, ohne aber die Handelsbeziehungen zu Westdeutschland

---

[59] Vgl. dazu Damian van Melis/Henrik Bispinck (Hrsg.), „Republikflucht“. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2006.
[60] Vgl. zur Genese Matthias Uhl/Armin Wagner (Hrsg.), Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation, München 2003.
[61] Vgl. auch Mark Landsman, Dictatorship and Demand. The Politics of Consumerism in East Germany, Cambridge (Mass.) 2005, S. 207.
[62] André Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999, S. 40.
[63] Steiner, Von Plan zu Plan, S. 128.
[64] Vgl. zu den Hintergründen Peter E. Fäßler, Durch den „Eisernen Vorhang“. Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen 1949–1969, Köln/Weimar/Wien 2006, S. 223–232.
[65] Dokument Nr. 17 (25. 11. 1960).
[66] Dokument Nr. 18 (14. 2. 1961).
[67] Dokument Nr. 20 (15. 8. 1961).
[68] Dokument Nr. 21 (14. 9. 1961).

vollends zu kappen[69]. Auch dabei sollte die Sowjetunion behilflich sein. Zunächst griff Ulbricht einen Vorschlag Chruščëvs auf, der bei einem Treffen Ende November 1960 angekündigt hatte, die ostdeutsche Wirtschaft, „mit etwas Hilfe von Seiten anderer sozialistischer Länder, fast vollständig zu übernehmen"[70], und entwickelte die Idee einer ostdeutsch-sowjetischen Wirtschaftsgemeinschaft. Darunter verstand er etwas vage ein „Verwachsen mit der Wirtschaft der UdSSR"[71]. Dieser Vorstoß, der die Arbeitsteilung im RGW effizienter gestalten sollte und deshalb im Interesse der DDR war, verlief jedoch im Sande. Nach dem Mauerbau verschlechterte sich die Verhandlungsposition Ulbrichts. Da die Hegemonialmacht selbst mit massiven Wirtschaftsproblemen zu kämpfen hatte, kippte die sowjetische Hilfsbereitschaft spätestens 1962[72]. Dieser Stimmungswandel ist insbesondere in den Unterredungen zwischen Chruščëv und Ulbricht mit Händen zu greifen. So erklärte der Kremlchef, der an der Schaufensterpolitik grundsätzlich noch festhalten wollte, am 8. Juni 1962: „Natürlich werden wir Ihnen helfen, aber Ihr müsst auch selber arbeiten."[73] Die Bedenken Ulbrichts über den sinkenden Lebensstandard in der DDR wischte Chruščëv am 30. Mai 1964 mit dem Hinweis auf die schlechten Lebensverhältnisse in der Sowjetunion beiseite: „Im Ganzen ist die Lage in der DDR hervorragend."[74] Auf Bitten der SED-Führung, zusätzliche Lebensmittel zu liefern, reagierte der sowjetische Parteichef mittlerweile gereizt: „Ihr wollt doch Kaufleute sein und keine Geschenke von uns haben?"[75]

Die Verschuldung der DDR entwickelte sich nicht erst seit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker zum Problemfall[76], sondern bereits Anfang der 1960er Jahre. Zwischen 1960 und 1962 stiegen die Schulden in konvertibler Währung von 800 000 auf 2,8 Millionen Valutamark (VM); 1965 traten erstmals Liquiditätsprobleme im westlichen Ausland auf[77]. Dabei erwies sich insbesondere die Devisenbilanz frühzeitig als „Achillesferse"[78] der DDR-Wirtschaft, da Versorgungsengpässe immer öfter durch Warenimporte aus dem kapitalistischen Ausland behoben wurden[79]. Den sowjetischen Planungsexperten bei Gosplan war bereits Mitte 1958 nicht entgangen, dass der von der DDR angegebene Kreditbedarf für die Jahre 1963/64 nicht ausreichen würde[80]. Deshalb zeigte die SED schon Anfang der 1960er Jahre großes Interesse an langfristigen Krediten aus der Sowjet-

---

69 Fäßler, Durch den „Eisernen Vorhang", S. 245.
70 Hope M. Harrison, Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach, Bonn 2011, S. 250.
71 Ulbricht am 18. 1. 1961 an Chruščëv. Zitiert nach: Michael Lemke, Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S. 64.
72 Ralf Ahrens, Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW. Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 124.
73 Dokument Nr. 28 (8. 6. 1962).
74 Dokument Nr. 33 (30. 5. 1964).
75 Ebenda.
76 Jeffrey Kopstein, The Politics of Economic Decline in East Germany, 1945–1989, Chapel Hill/London 1997, S. 85.
77 Oskar Schwarzer, Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945–1989), Stuttgart 1999, S. 152.
78 Christoph Buchheim, Die Achillesferse der DDR – der Außenhandel, in: André Steiner (Hrsg.), Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?, Berlin 2006, S. 91–103.
79 Grundsätzlich dazu: Ralf Ahrens, Außenwirtschaftspolitik zwischen Ostintegration und Westverschuldung, in: Dierk Hoffmann (Hrsg.), Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR. Akteure, Strukturen, Verwaltungspraxis, München 2016, S. 510–590.
80 Dokument Nr. 10 (20. 6. 1958).

union. Anlässlich eines Gespräches bei der Ständigen Vertretung von Gosplan in Ost-Berlin 1962 erklärte der SPK-Vorsitzende Karl Mewis (SED) auf eine entsprechende Nachfrage, dass die DDR bis 1968 „schwerlich" ohne Kredite auskommen werde[81]. Die Vertreter von Gosplan betrachteten die ostdeutschen Kreditwünsche freilich mit Argwohn, denn für sie war überhaupt nicht absehbar, „wann die DDR ohne Kredite aus der Sowjetunion auskommen" würde[82].

Die hier abgedruckten Wortprotokolle der Unterredungen zwischen Ulbricht und Chruščëv geben auch einen Einblick in die unterschiedliche Gesprächsführung der beiden kommunistischen Parteiführer und den persönlichen Umgang miteinander. Das erste der insgesamt acht Treffen fand am 9. Juni 1959 vor dem Hintergrund der laufenden Genfer Außenministerkonferenz statt, das letzte am 11. Juni 1964, wenige Monate vor dem Sturz Chruščëvs. Der SED-Chef versuchte stets den Eindruck zu erwecken, dass er über ein großes Detailwissen verfüge und für die Konsultationen inhaltlich sehr gut vorbereitet sei. So erläuterte Ulbricht beim Treffen am 4. Juni 1962 ausführlich den Entwurf des DDR-Volkswirtschaftsplanes für 1962 und konnte Chruščëv auf Nachfrage sofort die exakte Menge der jährlichen Milchleistung pro Kuh oder der Kartoffelimporte aus Polen nennen[83]. Der Kremlchef war offenbar über das selbstbewusste Auftreten Ulbrichts so ungehalten, dass er ihm einige Tage später schroff erklärte: „Ich brauche Ihre Zahlen nicht. […] Ich möchte mir nicht auch noch darüber den Kopf zerbrechen, wir haben auch so Fragen genug."[84] Chruščëv nutzte wiederum die Gelegenheit, um mit seinem landwirtschaftlichen Fachwissen zu kontern und so den ostdeutschen Genossen fehlenden Sachverstand im Maisanbau anzukreiden: „Als ich bei euch war, habe ich gesehen, dass die Deutschen tatsächlich Mais anbauen, aber sie säen ihn nicht richtig aus."[85] Das bekam insbesondere der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke (SED), zu spüren, dem der sowjetische Diktator sogar unterstellte, die Landwirtschaftspolitik in der DDR zu bestimmen: Er „verehre Genossen Mielke", der jedoch vom Maisanbau nichts verstehe[86]. Darüber hinaus überraschte Chruščëv Ulbricht, indem er einige Gespräche mit Sinn für Humor beendete, der diesem völlig abging. So betonte er etwa zum Abschluss des Treffens am 23. Juli 1963: „Heute ist in unserem Gespräch alles ein bisschen zu positiv. Kein Streit, keine Diskussion."[87]

Die vorliegende Dokumentation ist chronologisch aufgebaut; sie setzt mit dem Beginn des ersten Fünfjahrplanes (1951–1955) in der DDR ein und endet 1967. Das Enddatum hängt in erster Linie mit den Zugangsmöglichkeiten in den Moskauer Archiven zusammen, die momentan die Akteneinsicht nur bis zu diesem Zeitpunkt gewähren. Bei der Schreibweise russischer Namen wurde die wissenschaftliche Transliteration verwendet. Biografische Kurzangaben zu den Personen finden sich in der Regel bei der ersten Nennung der Akteure, die sich über das Personenverzeichnis erschließen lassen.

---

81 Dokument Nr. 24 (10. 4. 1962).
82 Dokument Nr. 25 (18. 4. 1962).
83 Dokument Nr. 27 (4. 6. 1962).
84 Dokument Nr. 28 (8. 6. 1962).
85 Ebenda. Chruščëv kam bei einer Unterredung mit Ulbricht am 1. 8. 1961 erstmals kurz auf den Maisanbau in der DDR zu sprechen. Vgl. Gerhard Wettig (Hrsg.), Chruschtschows Westpolitik 1955–1964. Gespräche, Aufzeichnungen und Stellungnahmen, Bd. 3: Kulmination der Berlin-Krise (Herbst 1960 bis Herbst 1962), München 2011, S. 295–313, hier S. 299f.
86 Dokument Nr. 27 (4. 6. 1962).
87 Dokument Nr. 32 (23. 7. 1963).

Abschließend richtet sich der Dank zunächst an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, das die Dokumentation großzügig unterstützt hat. Der vorliegende Band steht im Zusammenhang mit dem Projekt „Geschichte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und seiner Vorgängerinstitutionen“, das im Herbst 2016 erscheinen wird und das ebenfalls vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie finanziell gefördert wurde. Den Archiven in Moskau sei schließlich für die Unterstützung durch die Mitarbeiter der benutzten Sammlungen ausdrücklich gedankt. Darüber hinaus gilt es all denen zu danken, die zum Gelingen des Bandes beigetragen haben: Die Recherchen in den Moskauer Archiven führten Dr. Matthias Uhl und Oxana Kosenko durch; beide übernahmen auch die Übersetzungsarbeiten. Bei der redaktionellen Bearbeitung der Dokumente waren Dr. Rainer Karlsch und Margret Kowalke-Paz behilflich. Die Kommentierung der einzelnen Dokumente übernahm Dr. Andreas Malycha. An der Fertigstellung des Buchmanuskripts war Stephan Klinghardt beteiligt, der außerdem noch Schlussrecherchen im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde durchführte. Dank gebührt auch noch Prof. Dr. Johannes Hürter und Prof. Dr. Thomas Raithel für die sehr gute redaktionelle Betreuung des Bandes sowie Angelika Reizle für die sorgfältige Lektorierung der Dokumentation.

Berlin, im Mai 2016 Dierk Hoffmann

Dokumente

Nr. 1

Schreiben des Leiters der Ersten Verwaltung der Hauptverwaltung für sowjetisches Vermögen im Ausland beim Ministerrat der UdSSR Lebedev an den stellvertretenden Vorsitzenden von Gosplan Pautin über die beabsichtigte Lieferung von Konsumgütern aus der DDR in die UdSSR, 27. Januar 1951

Geheim
Exemplar Nr. 2

An den Stellv[ertretenden] Minister für Außenhandel Gen. M. G. Lošakov[1]
An den Stellv[ertretenden] Vorsitzenden von Gosplan[2] der UdSSR Gen. N. A. Pautin[3]
In Kopie: An den Handelsminister der UdSSR Gen. V. G. Žavronkov[4]

Das Handelsministerium der UdSSR hat sich mit dem Schreiben Nr. 3214/14 vom 5. 1. 1951[5] an die Hauptverwaltung für sowjetisches Vermögen im Ausland beim Ministerrat der UdSSR[6] mit der Bitte gewandt, 1951 die Lieferungen von verschiedenen Ausrüstungen, Schreibmaschinen, Fahrrädern, Chemikalien und anderen Waren aus Deutschland in die UdSSR für den Verkauf an die Bevölkerung und den Verbrauch außerhalb des Marktes vorzusehen.

---

[1] Michail G. Lošakov: Politiker. 1948 Vertreter der UdSSR in Polen, 1951 stellvertretender Minister für Außenhandel, in den 1960er Jahren Außenhandelsexperte.
[2] Abkürzung für: Staatliches Plankomitee (beim Ministerrat der UdSSR). Gosplan wurde 1921 gegründet und diente ursprünglich zur Umsetzung des staatlichen Elektrifizierungsplanes GOELRO. Das Plankomitee war in der Zentralplanwirtschaft der UdSSR seit 1927 zuständig für die Koordinierung, Ausarbeitung und Kontrolle der mittelfristigen Perspektivpläne (Fünfjahrplan) und den daraus abgeleiteten jährlichen Volkswirtschaftsplänen. Ab 1941 wurden Gosplan Aufgaben zur Mobilisierung und Umstellung der Wirtschaft auf Kriegsproduktion und die Verlegung von Betrieben aus den vom deutschen Vormarsch betroffenen Westgebieten in die östlichen Teile der UdSSR sowie ab August 1943 die Ausarbeitung von Plänen für die Rekonstruktion von zerstörten Gebieten und der Rückverlegung von während des Krieges evakuierten Betrieben übertragen. Seit 1957 war Gosplan die zentrale Verwaltungsinstanz für die laufenden und künftigen Wirtschaftsplanungen.
[3] Nikolaj Aleksandrovič Pautin (1906): Wirtschaftsfunktionär. Bis 1936 Dekan der Fakultät für Planung an der Universität Novosibirsk, von Anfang der 1950er Jahre bis in die 1970er Jahre stellvertretender Vorsitzender von Gosplan.
[4] Vasilij Gavrilovič Žavronkov (1906–1987): Politiker. 1948–1953 Handelsminister der UdSSR, 1953–1956 Minister für Staatskontrolle der UdSSR.
[5] Hier nicht dokumentiert.
[6] Nach dem Zweiten Weltkrieg gründete die UdSSR 1946 die Hauptverwaltung für sowjetisches Vermögen im Ausland, in der alle bereits beschlagnahmten Industriebetriebe in Ostdeutschland und in Österreich als Teil der Reparationsleistungen in sowjetisches Eigentum zur zentralen Verwaltung überführt wurden. Dies betraf auch land- und forstwirtschaftliche Güter. Die Hauptverwaltung war zunächst dem Ministerium für Außenhandel der UdSSR unterstellt, wurde dann aber ab 1949 dem Ministerrat der UdSSR direkt zugeordnet. Ab 1947 war Vsevolod N. Merkulov (1895–1953), bis dahin Volkskommissar bzw. Minister für Staatssicherheit, Leiter der Hauptverwaltung.

Die Hauptverwaltung für sowjetisches Vermögen im Ausland hat die entsprechende Bitte geprüft und teilt mit, dass die sowjetischen Unternehmen in Deutschland im Jahr 1951 bei den vom Handelsministerium der UdSSR angefragten Positionen folgende Waren herstellen können:

1. Autobatterien:	50 000 Stück
2. Motorradbatterien:	40 000 Stück
3. Schreibmaschinen:	15 000 Stück
4. Fahrräder:	200 000 Stück
5. Uhren:	750 000 Stück
6. Gebrauchsgeschirr aus Emaille:	im Wert von 4 Mio. Mark
7. Klinker:	60 Millionen Stück
8. Perwolit[7]:	500 000 Quadratmeter
9. PKW BMW-340[8]:	2000 Stück
10. Motorrad R-35[9]:	5000 Stück
11. Motorrad AWO-425[10]:	3000 Stück
12. Porzellangeschirr:	im Wert von 7 Mio. Mark
13. Elektromotoren 10–100 kW:	300 Stück
14. Dampfarmaturen entsprechend der vorgelegten Spezifikationen:	200 000 Mark
15. Transporter entsprechend der vorgelegten Spezifikationen:	100 Stück

Ich bitte um Ihre Weisung hinsichtlich der für 1951 vorgesehenen Lieferungen der aufgeführten Waren im genannten Umfang auf Rechnung der Handelsübereinkunft zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik[11].
Ich bitte Sie, Ihre Entscheidung mitzuteilen.

Mitglied des Kollegiums
Leiter der Ersten Verwaltung
N. Lebedev[12]

Quelle: RGAE, 4372/98/1039, Bl. 11.

---

[7] Lederersatzstoff, produziert von der AGFA Filmfabrik Wolfen. Der Betrieb gehörte bis Ende 1953 zur SAG Photoplenka.
[8] Im Eisenacher Motorenwerk (EMW) weiterentwickeltes Modell des BMW-321. Das Werk gehörte bis Mitte 1952 zur SAG Avtovelo.
[9] Tourenmotorrad der 350-cm^3-Klasse von BMW, das seit 1937 gebaut und nach dem Krieg im EMW als Reparationsleistung für die Sowjetunion gefertigt wurde.
[10] Ab 1950 in Suhl gefertigtes Motorrad mit 12 PS und 100 km/h Höchstgeschwindigkeit.
[11] Am 12. 4. 1950 wurde zwischen der DDR und der UdSSR ein Handelsabkommen für 1950 unterzeichnet, in dem eine Erhöhung des gegenseitigen Warenaustausches um 250 Prozent gegenüber 1948 und um 35 Prozent gegenüber 1949 vorgesehen war. Die DDR exportierte in erster Linie Maschinen und industrielle Fertigwaren. Die Sowjetunion lieferte hauptsächlich notwendige Rohstoffe und Lebensmittel. Vgl. Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007, S. 75.
[12] Biografische Details nicht ermittelbar.

Nr. 2

Schreiben des stellvertretenden Vorsitzenden von Gosplan Perov an das Präsidium des Ministerrates der UdSSR über den Plan der Warenlieferungen auf Reparationsrechnung für die Jahre 1951 bis 1955, 14. März 1951

Geheim

An das Präsidium des Ministerrates der Union der SSR

Über den Plan der Warenlieferungen auf Reparationsrechnung aus Deutschland für den Zeitraum 1951–1955[13]
(Beschluss des Ministerrates der UdSSR Nr. 4490-1917s vom 2. November 1950 und Weisung des Ministerrates der UdSSR Nr. 16491 vom 4. März 1951)

In Umsetzung des Beschlusses des Ministerrates der UdSSR Nr. 4490-1917s vom 2. November 1950 stellt Gosplan der UdSSR folgenden Entwurf des Planes der Warenlieferungen auf Reparationsrechnung für den Zeitraum 1951 bis 1955 vor:

Ausgehend von gleichmäßigen jährlichen Lieferungen sieht der Entwurf Lieferungen von Ausrüstungen in einem Fünfjahreszeitraum im Wert von 1057 Millionen US-Dollar in Preisen von 1938 oder von 211,4 Millionen US-Dollar jährlich, einschließlich der Produktion der Aktiengesellschaft „Wismut“[14] im Wert von 88,9 Millionen US-Dollar (auf dem Niveau des Planes von 1951), sowie Lieferungen für die Volksrepublik Polen, auf Verrechnung ihres Anteils an den Reparationen, von jährlich 15,85 Millionen US-Dollar vor. Der Umfang der Produktion der Sowjetischen Staatlichen Aktiengesellschaften an den Reparationslieferungen liegt bei 88,8 Prozent.

Es ist vorgesehen, im Fünfjahreszeitraum auf Reparationsrechnung aus Deutschland folgende Waren in die Sowjetunion zu verbringen:

1. Eisenbahnausrüstungen

Passagierwaggons, Speise- und Kühlwagen	9950 Stück
Kesselwagen für den Transport von Alkohol	3000 Stück

[13] Die Warenlieferungen der DDR in die UdSSR wurden auf einem Reparationskonto (Reparationsrechnung) als eine Art Gutschrift verrechnet. Von ganz Deutschland forderte die Sowjetunion insgesamt 10 Milliarden US-Dollar Reparationsleistungen. Die Reparationen wurden jedoch nur von der SBZ/DDR geleistet. Nach sowjetischer Rechnung hatte die DDR bis Ende 1953 insgesamt 4,29 Milliarden US-Dollar an Reparationsleistungen erbracht. Diese setzten sich zusammen aus: 1,484 Milliarden US-Dollar für einmalige Entnahmen sowie 2,81 Milliarden US-Dollar für die Lieferungen aus der laufenden Produktion. Darin enthalten sind die Gutschriften für die Uranlieferungen der Wismut-AG (335 Millionen US-Dollar). Vgl. Rainer Karlsch, Umfang und Struktur der Reparationsentnahmen aus der SBZ/DDR 1945–1953. Stand und Probleme der Forschung, in: Christoph Buchheim (Hrsg.), Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S. 65.

[14] Die Wismut AG wurde im Mai 1947 als Sowjetische Aktiengesellschaft (SAG) gegründet und unterstand bis 1956 direkt dem sowjetischen Verteidigungsministerium. Die Wismut AG gehörte zu den größten Uranproduzenten der Welt. Ohne das in Sachsen und Thüringen geförderte Uranerz hätte sich das sowjetische Atombombenprogramm erheblich verzögert. Das von der Wismut AG gelieferte Erz wurde bis 1953 auf dem Reparationskonto verrechnet. Vgl. Rainer Karlsch, Uran für Moskau. Die Wismut – eine populäre Geschichte, Berlin 2007; Rudolf Boch/Rainer Karlsch (Hrsg.), Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex, Bd. 1: Studien, Berlin 2011.

2. Walzausrüstungen 138 Tausend Tonnen

3. Hebe- und Transportausrüstungen

Kräne – verschiedene Typen	1711 Stück
Darunter:	
Kräne mit Elektromotoren und einer Tragkraft von 5, 10, 15, 20, 30, 50 Tonnen	490 Stück
Metallurgische Kräne	399 Stück
Kräne für die Verladung von Kohle und Eisenerz	92 Stück
Eisenbahnkräne mit einer Tragkraft von 25 und 50 Tonnen	550 Stück
Portalkräne mit einer Tragkraft von 10–15 Tonnen	124 Stück
Schwimmkräne mit einer Tragkraft von 50 und 150 Tonnen	24 Stück
Entladebrücken für Waggons zum Ausladen von Erz und Kohle	13 Stück

4. Schmiede- und Pressenausrüstung

Mechanische und hydraulische Pressen mit einer Presskraft von 100 bis 2000 Tonnen	785 Stück
Guillotine-Scheren zum Schneiden von Blechen einer Dicke von 10 bis 40 Millimetern	710 Stück
Kombinierte Scheren	650 Stück
Scheren zum Schneiden von Profilwalzstahl und Rohlingen	95 Stück
Blechricht-, Blechbiege- und Profilrichtmaschinen	168 Stück
Horizontale Schmiedemaschinen – 2 Zoll	70 Stück

5. Elektroenergieausrüstung

Große Elektromaschinen, 18 verschiedene Typen	1550 Stück
Transportable Dampf-Elektrostationen mit einer Leistung von 40 Kilowatt	2000 Stück

6. Ausrüstungen für Zementwerke und Ersatzteile hierfür

Komplette Ausrüstungen für Zementwerke mit einer Leistung von 1000 Tonnen täglich	18 Komplexe
Komplette Ausrüstungen für Zementwerke mit einer Leistung von 600 Tonnen täglich	11 Komplexe
Ersatzteile für bereits laufende Zementwerke (Gesamtgewicht ca. 9300 Tonnen)	4150 Tausend US-Dollar

7. Schiffe und Schiffsausrüstungen

Hochseetrockenfrachter mit einer Ladekapazität von 3000 Tonnen	40 Stück
Tanker 2000–3000 Tonnen	21 Stück
Dieseltrawler 800–1000 PS	10 Stück
Fischlogger	370 Stück
Fischkutter	300 Stück
Slipanlagen und Ausrüstungen für Slipanlagen	35 Stück

8. Produktion der Aktiengesellschaft Wismut 444,5 Millionen US-Dollar

sowie die Reparatur sowjetischer Schiffe im Wert von 48 680 Tausend US-Dollar, davon von Kriegsschiffen im Wert von 12 500 Tausend US-Dollar.

Die laut Entwurf in die Sowjetunion zu liefernden Ausrüstungen für Walz- und Zementwerke, Schiffe, Kräne, Schmiede- und Pressenausrüstungen ermöglichen es, innerhalb von fünf Jahren die Produktion von Walzstahl um 3,5 Millionen Tonnen und von Zement um 10 Millionen Tonnen zu steigern. Zudem können zusätzlich 2100 Millionen Tonnen-Seemeilen befördert und der Bedarf der metallurgischen, energetischen und Schiffbauindustrie an Kränen sowie der der Maschinenbaubetriebe an Ausrüstungen für die Fertigung von Rohlingen sichergestellt werden. Dadurch wird der unzureichenden Leistungskraft der eigenen Betriebe bei der Herstellung der genannten Ausrüstungen entgegengewirkt. Die Lieferung von 2450 Passagierabteilwaggons wird den Personenverkehr bei der Eisenbahn der UdSSR erheblich verbessern.

Grundlage der Berechnungen zum Planentwurf waren die Weltmarktpreise aus dem Jahr 1938 in US-Dollar, die der UdSSR vom Ministerium für Außenhandel mitgeteilt worden sind[15].

Ein Erläuterungsschreiben zur Differenz des Lieferumfangs in den Entwürfen von Gosplan der UdSSR und der SKK in Deutschland ist beigefügt[16].

Anhang: Entwurf für einen Beschluss des Ministerrates der UdSSR[17]

Der Stellv. Vorsitzende von Gosplan der UdSSR
G. Perov[18]

Quelle: RGAE, 4372/98/1036, Bl. 42–44.

---

[15] Eine Verrechnung in Dollarpreisen des Jahres 1938 wurde auf Verlangen der UdSSR ab 1951 durchgeführt. Grundlage dafür war die von der UdSSR im Mai 1950 veröffentlichte Reparationszwischenbilanz, die auf Dollar-Basis erstellt wurde. Seitdem wurde für die Reparationszahlungen ein Kurs von ca. 1 Dollar zu 5 DM (Ost) angewandt. Vgl. Rainer Karlsch, Umfang und Struktur der Reparationsentnahmen aus der SBZ/DDR, S. 63.

[16] Hier nicht dokumentiert.

[17] Hier nicht dokumentiert.

[18] Georgij Vasil'evič Perov (1905–1979): Wirtschaftsfunktionär. 1948–1955 stellvertretender Vorsitzender von Gosplan der UdSSR, 1955–1957 stellvertretender Vorsitzender des Staatskomitees für Volkswirtschaftsplanung beim Ministerrat der UdSSR, 1957–1962 1. Stellvertreter des Vorsitzenden von Gosplan der UdSSR.

Nr. 3

Schreiben des Leiters der Hauptverwaltung für sowjetisches Vermögen im Ausland beim Ministerrat der UdSSR Sergeev an Mikojan mit Schlussfolgerungen zu den Bemerkungen der SPK[19] zum Fünfjahrplan der Verwaltung für sowjetisches Vermögen in der DDR, 30. Juni 1951

Geheim

Schlussfolgerungen von Gosplan und dem Außenministerium
Frist: 7 Tage.
Mikojan[20]
3. 7. 1951

Kopie

Gen. A. I. Mikojan

Auf Weisung von Gen. A. M. Mikojan hat sich die Hauptverwaltung für sowjetisches Vermögen im Ausland mit den Vorschlägen der Staatlichen Plankommission der DDR zum Fünfjahrplan der Verwaltung für sowjetisches Vermögen in der DDR bekannt gemacht, die dem Ministerrat der UdSSR durch den Stellv[ertretenden] Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland Gen. Semičastnov[21] übergeben wurden. Sie teilt Folgendes mit:

Der von der Verwaltung für sowjetisches Vermögen in Deutschland[22] ausgearbeitete und an die Staatliche Plankommission der DDR übergebene Entwurf eines Fünfjahrplanes

---

[19] Die Staatliche Plankommission (SPK) wurde auf der Grundlage des Gesetzes über die Regierung der DDR vom 8. 11. 1950 gebildet und war Nachfolgerin des im Oktober 1949 gegründeten Ministeriums für Planung. Unter dem Dach des Ministerrates der DDR war sie verantwortlich für die Ausarbeitung und Realisierung der Perspektiv- und Jahrespläne zur Entwicklung der Volkswirtschaft, die von der SED-Führung beschlossen und von der Volkskammer der DDR bestätigt wurden. Die Institutionalisierung einer zentralen Wirtschaftsplanung folgte dem sowjetischen Vorbild. Als am 18. 1. 1990 aus der SPK das Wirtschaftskomitee hervorging, endete ihre Geschichte als die zentrale wirtschaftsleitende staatliche Behörde. Vgl. Hoffmann, Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR.

[20] Anastas Ivanovič Mikojan (1895–1978): Politiker. 1936–1949 Volkskommissar bzw. Minister für Außenhandel der UdSSR, 1949–1953 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, 1953–1955 Handelsminister der UdSSR, 1955–1964 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, 1935–1966 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, 1964–1965 Vorsitzender und 1965–1974 Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

[21] Ivan Fedorovič Semičastnov (1905–1994): Militär, Wirtschaftsfunktionär und Politiker, Generalmajor. 1942–1943 Mitarbeiter des Staatlichen Verteidigungskomitees, 1943–1949 stellvertretender Volkskommissar der UdSSR für Außenhandel, 1949–1954 1. Stellvertreter des Vorsitzenden der SKK, 1954–1964 stellvertretender Minister für Außenhandel der UdSSR, ab 1965 1. Stellvertreter des Ministers für Außenhandel der UdSSR.

[22] Die Verwaltung des sowjetischen Vermögens in Deutschland war seit Ende 1946 Teil der Hauptverwaltung des sowjetischen Vermögens im Ausland beim Ministerrat der UdSSR. Sie war Eigentümerin der rund 200 Betriebe der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG), die im Juni 1946 in der SBZ zur Sicherung der sowjetischen Reparationsansprüche gegründet worden waren. Bis 1953 wurden die SAG-Betriebe sukzessive der ostdeutschen Wirtschaftsverwaltung übergeben. Vgl. Jan Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999, S. 180–184; Albrecht Ritschl, Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR. Ein Zahlenbild 1945–1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1995/2, S. 10.